

LW 22.6.07

Europaparlament für einjährigen Elternurlaub

Beobachtungsstelle für Jugendkriminalität gefordert

Nationale, europäische und internationale Studien haben gezeigt, dass das Phänomen der Jugendkriminalität in den letzten zwei Jahrzehnten in beunruhigendem Maße zugenommen hat. Das Einstiegsalter sinkt, die von Kindern unter 13 Jahren verübten Delikte werden mehr und immer grausamer.

In einem Initiativbericht weist das Europaparlament auf die zahlreichen Problemfelder hin: Jugendbanden und die zunehmende Gewalt an Schulen oder die Nutzung des Schulhofs als rechtsfreie Zone, in der Drogen, Gewalt, Erpressung und „happy slapping“ (Veröffentlichung von mit dem Handy fotografierten Gewaltszenen im Internet) an der Tagesordnung sind, sind aktuelle Phänomene, vor allem in den großen Städten. Die Auslöser von Jugendkri-

minalität sind schneller ausgemacht als behoben: Orientierungslosigkeit, Mangel an Kommunikation und angemessenen Wertvorstellungen, Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Rassismus, Gewaltverherrlichung in den Massenmedien oder Langeweile.

In ihrer gestrigen Entschliesung fordern die Europaabgeordneten u. a. die Einführung eines einjährigen Elternurlaubs, um der Früherziehung des Kindes und seiner emotionalen Entwicklung größere Aufmerksamkeit zu schenken. Vom Staat werden verstärkte Unterstützung für wirtschaftlich und sozial schwache Familien und Maßnahmen in Bereichen wie Wohnungsbau, berufliche Bildung oder Freizeitgestaltung gefordert. Von den Schulen verlangt Straßburg auf Prävention und Solidarität grün-

dende pädagogische Maßnahmen. Die Darstellung von gewalttätigen und pornografischen Szenen habe ein Ausmaß erreicht, das an die Verletzung der Grundrechte von Kinder grenzt und die Gewalt als Teil des Alltagslebens geradezu bagatellisiert. So sollen die EU-Staaten zusammen mit den Medien einen Plan erstellen, der z. B. das Verbot von Gewaltszenen zu bestimmten Tageszeiten regelt.

Die EU-Kommission wird aufgefordert, ein integriertes Rahmenprogramm vorzulegen. Das Parlament fordert außerdem die unverzügliche Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Jugendkriminalität, die Statistiken zusammentragen, Maßnahmen planen, fördern und koordinieren und Beratung gewährleisten soll. (Bericht K. Batzeli) (GeWe)